

Änderungsantrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018**Einzelplan 04 (Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz):****Seite:** 62**Kapitel:** 04 040**Titel:** 422 11

Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Stichwort: Mehr Staatsanwälte

Ansatz im Entwurf EUR	2017	Ansatz im Entwurf: EUR	2018
	23.551.500		23.172.500
Änderung (+/-): EUR		Änderung (+/-): EUR	
	+200.000		+200.000
Ansatz neu: EUR		Ansatz neu: EUR	
	23.751.500		23.372.500

2017 Deckung bei: Einzelplan 04

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	04 020	531 20	Öffentlichkeitsarbeit	30.000 EUR
75	04 040	511 60	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Post- und Fernmeldegebühren	170.000 EUR
insgesamt:				200.000 EUR

2018 Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	04 020	531 20	Öffentlichkeitsarbeit	30.000 EUR
75	04 040	511 60	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Post- und Fernmeldegebühren	170.000 EUR
insgesamt:				200.000 EUR

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

[...]

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
[...]					
<u>Staatsanwältin, Staatsanwalt</u>	<u>R1</u>	<u>hD</u>	<u>185,00</u>	<u>188,00</u>	<u>188,00</u>
[...]					
<u>Zusammen:</u>			<u>554,00</u>	<u>557,00</u>	<u>557,00</u>

[...]

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2017 2018
Zugänge

Neue Stellen

[...]

3,00 0,00 R1 hD Staatsanwältin, Staatsanwalt

[...]

8,00 17,00 Zugänge neue Stellen

[...]

Begründung:

Bis zum Jahr 2020 sollen laut der Personalbedarfsplanung der Landesregierung weitere Stellen abgebaut werden. Dies steht im Widerspruch zu der Personalaufstockung bei der Polizei. Hier hat die Landesregierung – wenn auch in der Höhe unzureichend - den Mehrbedarf bei der Kriminalitätsbekämpfung erkannt. Es ist nur folgerichtig, wenn sich dieser auch in einer Aufstockung der Planstellen bei den Staatsanwaltschaften niederschlägt.

Auch besteht weiterhin das Problem zu langer Ermittlungsverfahren. Das Vertrauen des

Bürgers in den Rechtsstaat wird beschädigt, wenn der Zugang zu den Gerichten und die Klärung der Rechtslage nicht in einer angemessenen Zeit erfolgen.

Die Verfahrensdauer hängt maßgeblich von der personellen und finanziellen Ausstattung der Gerichte ab, ebenso von der Komplexität der Rechtslage. Trotz eines leichten Rückgangs bei den Verfahrenseingängen ist keine wesentliche Entlastung eingetreten, weil hiervon nicht die ermittlungsaufwendigen Verfahren betroffen sind. Diese haben zugenommen. Gerade auch im Hinblick auf die grenzüberschreitende Kriminalität ist eine Aufstockung der Planstellen bei den Staatsanwaltschaften unerlässlich. Hierzu sollen die Mittel in Höhe von 200.000 € dienen. Die neuen Personalstellen werden in den Stellenplan eingefügt.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN